

Instandhaltung statt Fortschritt: Zur neuen Anschlussfähigkeit konservativen Denkens

Martin Beckstein

1. Einleitung

Gemäß führenden Experten spielt Konservatismus im deutschen politischen Diskurs der erweiterten Mitte keine Rolle mehr. Jens Hacke (2015: 28) will den Konservatismus zwar nicht totgesagt wissen, spricht ihm eine ungebrochene Attraktion aber nur für „die Skeptiker der Demokratie und Feinde des Liberalismus“ zu. Thomas Biebricher (2018) zufolge ist der Konservatismus vollständig von einem Erschöpfungssyndrom befallen. Helmut Kohls pathetisch proklamierter „geistig-moralischer Wende“ zum Trotz hätten die Unionsparteien seit den frühen 1980er Jahren den Ausverkauf wertkonservativer Positionen betrieben – und sich dadurch ideologisch halbiert. Unter Angela Merkel sei dieses Projekt im Grunde – u.a. mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Öffnung der Grenzen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 – abgeschlossen worden. Diese Entwicklung, so Biebricher (2018: 297f.) weiter, sei beunruhigend und zwar aus parteiübergreifender Sicht: „Die Freude bei den Gegnern des Konservatismus über seine diagnostizierte Erschöpfung sollte also nicht zu überschwänglich ausfallen, steht doch zu befürchten, dass nach dem Konservatismus auch die Demokratie insgesamt vom Erschöpfungssyndrom befallen wird.“

Es lohnt sich, kurz über diese besorgniserregende Einschätzung zu reflektieren. Warum sollte ein pluralistisches politisches System in Not geraten, wenn eine Denkhaltung an Zuspruch verliert? Warum sollte dies gerade beim Konservatismus der Fall sein, dessen Ruf höchst ambivalent ist? Die Antwort lautet: weil Demokratie einen lebhaften politischen Diskurs voraussetzt, in dem unterschiedliche politische Positionen artikuliert und debattiert werden. Wie besonders prominent zum Beispiel Chantal Mouffe (2005) gezeigt hat, entwickeln sich politische Identitäten im agonalen Wettbewerb und in wechselseitiger Abgrenzung. Wenn den Diskurs jedoch ein ideologischer Zentripetalismus erfasst und die Parteien anstatt Alternativen

anzubieten immer mehr um die Mitte buhlen, dann ist gesellschaftliche Polarisierung und außerparlamentarische Radikalisierung vorprogrammiert.

Damit sich die Erschöpfung des Konservatismus negativ auf den politischen Gesamtverband auswirkt, müssten allerdings noch zwei andere Dinge gegeben sein. Einerseits dürfte die Erschöpfung des Konservatismus nicht hinreichend durch neue Angebote kompensiert werden können. Andererseits müsste der Konservatismus in der Lage sein, ein aus normativer Hinsicht akzeptables Angebot zu unterbreiten. Denn könnte er dies nicht, dann müssten wir Pluralismus mit Relativismus gleichsetzen, um die These der Zuträglichkeit von ideologischen Alternativen für den demokratischen Diskurs aufrecht zu halten. Wir müssten die Anwesenheit jeder noch so widerwärtigen oder absurden politischen Alternative begrüßen, vom Faschismus bis hin zur Flat-Earth-Theory. Um den Zustand des Konservatismus aus Sorge um unsere Demokratie müssen wir uns also nur Gedanken machen, insofern und solange Konservatismus etwas für die Allgemeinheit zu bieten hat; insofern und solange er die generischen Bedingungen der öffentlichen Vernunft erfüllt (siehe hierzu insb. Rawls 1997). Wenn und wo er dies nicht tut, z.B. weil er sich als antipluralistisch oder in sich widersprüchlich erweist, brauchen wir sein Verschwinden aus dem politischen Diskurs auch nicht zu bedauern.

Dieser Vorbehalt motiviert eine Rejustierung des Fokus. Nicht auf die Makroebene des politischen Denkens, nicht auf den Konservatismus – eine Ideologie in ihrer morphologischen Komplexität und Variabilität – muss das Augenmerk gerichtet werden, sondern auf die Mesoebene: auf Verständnisse konservativen Denkens, und zwar insbesondere solche, die normativ anschlussfähige Argumente und Begründungslogiken aufweisen. Einen besonders vorteilhaften Ansatzpunkt für ein solches Unterfangen stellt der *Begriff* des Konservativen dar. Begriffe, wie im nächstfolgenden Abschnitt (2) dargelegt wird, vermitteln zwischen politischer Sprache einerseits sowie politischem Denken und Handeln andererseits; sie entspringen und verweisen auf konkrete Kontexte, müssen aber nicht in ihnen gefangen bleiben; und sie fungieren zugleich als Indikatoren und Faktoren von geschichtlichem Wandel.

Tabelle 1: Drei Ebenen politischen Denkens

Makroebene	Ideologien
Mesoebene	Begriffe
Mikroebene	Begründungslogiken, Argumente

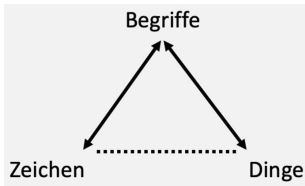
Auf dieser methodologischen Grundlegung aufbauend folgt die spezifische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Konservativen. Zunächst (3) wird anhand des von Rudolf Vierhaus besorgten Eintrags zum Begriff des Konservativen in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* in Erinnerung gerufen, wie und warum das Konservative zum *politischen* (Grund-)Begriff wurde, und dass sich der (Grund-)Begriff nicht auf die mit der Verwendung des (Begriffs-)Worts „konservativ“ verbundenen Bedeutungen reduzieren lässt. Darüber hinaus statet uns der historiographische Rückblick mit zwei divergierenden Begriffsbestimmungen des Konservativen aus. Die eine artikuliert ein substanziell-wertkonservatives Verständnis, das im 19. Jahrhundert dominant wurde und antipluralistische, illiberale Züge aufweist. Die andere, historisch nichthegemoniale Begriffsbestimmung, liefert normativ zum Teil anschlussfähige Antworten auf die Fragen, warum oder unter welchen Voraussetzungen der institutionelle Status quo (welche Form er auch immer annimmt) nicht verändert werden sollte, und ob bzw. welche Instandhaltungsmaßnahmen vonnöten sind. Einer weitverbreiteten und u.a. von Biebricher vertretenen Ansicht zufolge jedoch lassen sich die beiden Begriffsbestimmungen nicht entkoppeln, womit der normativen Verträglichkeit konservativen Denkens mit dem liberaldemokratischen Projekt eine grundsätzliche Absage erteilt zu werden droht. Dieser „package theory“ wird im vierten Abschnitt (4.) entgegengetreten: das statusquoistische Ansinnen, institutionelle Errungenschaften unabhängig von ihrer ideologischen Polung zu erhalten ist analytisch distinkt und begründungslogisch selbstsuffizient, ohne dabei zum unkontroversen Common Sense zu verwässern. Mehr noch: es ist in der politischen Praxis weiterverbreitet als man denken mag, wie der fünfte Abschnitt (5.) anhand einer Analyse aktueller Programme deutscher Parteien illustriert. In einem abschließenden Fazit (6.) werden drei Ansätze zur Erklärung der gegenwärtigen und vielleicht sogar weiter zunehmenden Anschlussfähigkeit konservativen Denkens skizziert.

2. Die triadische Struktur begriffsanalytischer Forschung

Reinhart Kosellecks wegweisendes begriffsanalytisches Forschungsprogramm setzt sich die Geschichtsschreibung politischer Grundbegriffe zum Ziel. Es grenzt sich gegenüber zwei Seiten ab. Einerseits will es Lovejoys (1936) Paradigma überwinden, das überzeitlichen Leitideen („unit ideas“) im politischen Denken nachspürt. Der Kontingenz, der Kontextabhängigkeit und Veränderbarkeit politischen Denkens soll stattdessen Genüge getan werden. Andererseits will es sich aber auch nicht in einer bloßen Wortgeschichtsschreibung verlieren: „Begriffsgeschichte überschreitet von Anfang an – theoretisch – die Ebene des Einzelwortes“ (Bödeker 2002: 91f.; vgl. auch Koselleck 1983: 14). Die sich aus diesem doppelten Anspruch ergebende Herausforderung für die Forschungspraxis ist enorm. Sie konnte selbst in den von Koselleck mitherausgegebenen *Geschichtlichen Grundbegriffen* nicht immer gemeistert werden. Einige Einträge konnten sich nicht aus dem Sog der Lovejoy'schen Tradition befreien. Wo aber die Skylla einer essenialisierenden Ideengeschichtsschreibung umschifft werden konnte, da schrammten die Autorinnen und Autoren an der Charybdis einer Wortgebrauchshistoriographie entlang (siehe hierzu insbesondere Bödeker 2011: 21; Busse 1987: 6ff., 52ff.).

Für ein möglichst gutes Gelingen muss dem methodologischen Apparat eine triadische Struktur verliehen werden. Im Unterschied zu einer dyadischen Gegenüberstellung von Bezeichnern (Signifikanten) und Bezeichnetem (Signifikaten), werden Begriffe (d.h. Verständnisse des Bezeichneten) als vermittelndes Tertium eingesetzt. Es wird also davon ausgegangen, dass ein Akteur ein Ding „X“ nicht einfach mit einem Wort oder Symbol „Y“ bezeichnet, sondern zudem auf eine bestimmte Weise (als „Z“) *begreift*. Das Erkenntnisinteresse begriffsanalytischer Forschung mit triadischer Struktur ist also auf die Verständnisse gerichtet, die sich Akteure von etwas machen. Von Akteuren verstandene Dinge oder aber Wörter und Symbole, die Dinge bezeichnen, fungieren lediglich als die möglichen methodischen Zugangspunkte zur Erkenntnisgewinnung.

Graphik 1: Die triadische Struktur begriffsanalytischer Forschung



Dem „semiotischen Dreieck“ des Koselleck’schen Ansatzes lässt sich viel abgewinnen. Es wird sich wenig Widerspruch regen angesichts der Annahme, dass wir keinen unmittelbaren Zugang zu den Dingen haben; dass wir stets mit den uns gegebenen kognitiven Mitteln Konzeptionen von ihnen ausarbeiten müssen, also ein Verständnis von dem Tisch vor uns, der politischen Haltung dort draußen oder aber den hier präsentierten Analyseinstrumenten entwickeln müssen. Der Mensch ist ein „hermeneutisches Tier“ (Palmer 1969: 118). Dass zwei Menschen ein und dasselbe Ding unterschiedlich begreifen oder ihren Begriff davon im Laufe der Zeit verändern können, ist ebenfalls Teil des für unsere heutige Gesellschaftsordnung und Wissenschaftsgemeinde gleichermaßen konstitutiven, pluralistischen Bekenntnisses. Nicht zuletzt ist die von Koselleck betonte Ko-Konstitutivität von Begriffen und Dingen unstrittig. Die Dinge strukturieren vor, wie wir sie begreifen können, aber unsere Begriffe von ihnen wirken sich auch darauf aus, wie die Dinge die Welt strukturieren. Begriffe, so Koselleck (2004: 251), sind Indikatoren, aber auch Faktoren von gesellschaftlichem Wandel.

Zustimmung zur Theorie ist schnell erteilt. Doch die Implikationen wollen bedacht werden. Die wichtigste ist, dass Begriffsanalyse in der Koselleck’schen Tradition nichts für Wissenschaftler:innen mit einem Faible für algorithmisch anmutende Forschungsdesigns ist. Uns wird eine Gleichung ohne unabhängige Variable zu lösen aufgegeben. Dass sich Begriffe und Dinge verändern sowie wechselseitig beeinflussen können, haben wir schon angemerkt. Doch auch die Zeichen bieten keinen verlässlichen Halt. Zeichengebung ist geprägt von Arbitrarität und Konventionalität. Wie Gegenstände genannt werden ist das Resultat von Zufall und Übereinkunft, von Verständnissen und Missverständnissen, und natürlich von Kämpfen um Deutungshoheit. Bezeichnende Wörter (z.B. „Marxismus“) und Symbole (z.B. gekreuzte Hammer und Sichel) stehen weder in einer notwendigen Beziehung zu den bezeichneten Dingen, noch zu den Begriffen, die Akteure

davon entwickelt haben. Ein und dasselbe Zeichen kann für unterschiedliche Begriffe stehen und auf unterschiedliche Dinge verweisen. „Hund“ nennen wir das Tier, mitunter aber auch Menschen. Umgekehrt nutzen wir Synonyme, um mit unterschiedlichen Wörtern auf denselben Begriff (von einer Sache) zu verweisen. FDP-Mitglieder werden Liberale sowie freie Demokraten und Demokratinnen genannt, ohne dass damit schon unterschiedliche Verständnisse der Parteilinie einhergehen müssen.

Die triadische Struktur begriffsanalytischer Forschung bedingt, dass wir von zwei unterschiedlichen Richtungen aus unkartographierte und unbefestigte Wege entlangschreiten müssen, ohne eine Garantie zu haben, dass sie zueinander führen.¹ Und egal, von welcher Seite wir uns zu beginnen entschließen, wir nehmen ein Stück der Strecke immer schon vom anderen Ende her auf uns. Wenn wir bei den Zeichen ansetzen und uns zu den Begriffen vorarbeiten möchten, müssen wir bereits ein mehr oder weniger durchdachtes Vorverständnis des Begriffs und seiner Geschichte in Anschlag bringen. Jeder Zeichennennung in einer untersuchten Quelle (z.B. der Nennung des deutschen Worts „liberal“) muss von uns von vorneher ein unterstellt werden, die bisherige Geschichte des mit dem Zeichen verbundenen Begriffs (z.B. dem Begriff des Liberalen bzw. des Liberalismus) zu bestätigen oder zu qualifizieren, auch wenn das Zeichen möglicherweise auf einen ganz anderen Begriff bezogen ist (z.B. wenn „liberal“ eine Übersetzung des US-amerikanischen „liberal“ ist).² Gehen wir umgekehrt von Begriffen aus, die wir unsererseits auf eine bestimmte Art bezeichnen, mag es sein, dass wir in unseren Quellen auf ganz andere bezeichnende Wörter und Symbole stoßen.

Für die folgenden Ausführungen über den Begriff des Konservativen ist diese letzte Einsicht besonders zu betonen. So wie es in einer begriffsanalytischen Untersuchung nie nur um einen isolierten Begriff gehen kann, sondern um die „konzeptuellen Schemata, [...] theoretischen Konstellationen, begrifflichen Konfigurationen“ (Bödeker 2002: 91), zu denen uns jeweilige Begriffsbestimmungen Eintritt gewähren, so können uns einzelne Wörter (wie das Wort „konservativ“) auch nur einen – vielleicht einen privilegierten, keineswegs aber einen exklusiven – Zugangspunkt dazu verschaffen.

1 Für eine methodische Darstellung und modellhafte Anwendung begriffsanalytischer Forschung in der Tradition Kosellecks, siehe Beckstein und Weber (2022: Kap. 8).

2 Zu den Fallstricken übersetzungsgeschichtlicher Begriffsanalysen, siehe Schmieder und Toepfer (2018).

3. Zur Entstehung des politischen (Grund-)Begriffs des Konservativen und seiner Emanzipation vom Wort „konservativ“

Der Begriff des Konservativen offenbart die Herausforderungen, die mit der analytischen Trennung von Wort, Begriff und Gegenstand verbunden sind, in geradezu exemplarischer Weise. Den entsprechenden Eintrag in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* hat Rudolf Vierhaus (1982) besorgt. Vierhaus zeichnet nach, wie man das Wort „konservativ“ im späten 18. Jahrhundert zu nutzen begann, um einen politischen Sachverhalt zu begreifen; wie das Verständnis des Sachverhalts aufgrund sich ändernder Strukturbedingungen mutierte; und wie das einst verständnisevozierende Wort immer seltener zur Bezeichnung herangezogen wurde. Ohne ins historiographische Detail zu gehen, lässt sich der konkrete Aufbau Vierhaus' Begriffsanalyse in vier Schritten zusammenfassen:

1. Das Wort „konservativ“ (bzw. „Konservatismus“) leite sich vom lateinischen Verb *conservare* ab, das mit aufbewahren, instandhalten und retten zu übersetzen ist.
2. Im Spätmittelalter habe man in Frankreich damit begonnen, die Träger politischer Ämter als Bewahrer von Recht und Eigentum zu begreifen und als „*conservateurs*“ zu bezeichnen – so wie man zuvor schon Gott die Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung zugesprochen hätte (Gott sei der „*créateur et ... conservateur de toutes choses*“, zitiert in Vierhaus 1982: 537).
3. Im Zuge der Französischen Revolution habe der Begriff des Konservativen eine wirkmächtige Politisierung erfahren. Prominentester Ausdruck davon sei Chateaubriands Gründung der konstitutionell-monarchistischen Wochenzeitschrift *Le Conservateur* im Jahr 1818 gewesen. Im Resultat habe sich das Wort „konservativ“ (bzw. „Konservatismus“) über Frankreich hinaus zu einer „programmatische[n] politische[n] Richtungs- und Parteienbenennung“ (Vierhaus 1982: 538) entwickelt.
4. In Deutschland bis zur Reichsgründung 1871 seien dem Begriff des Konservativen in stets illiberalen Bestimmungen weitere Entwicklungen und Kämpfe um Deutungshoheit widerfahren. Als Bezeichnung insbesondere in affirmativer Absicht wären jeweils aber andere Wörter als „konservativ“ bzw. „Konservatismus“ in den Vordergrund gerückt worden.

Die Geschichte des Begriffs des Konservativen beschreibt gemäß Vierhaus also eine Entwicklung. Erst wird ein Wort mit einer allgemeinen Bedeutung („bewahren“) zur Erfassung eines politischen Sachverhalts („Bewah-

„von Recht und Eigentum“) genutzt. Der resultierende Begriff wird daraufhin ideologisch (konkret: konstitutionell-monarchisch) aufgeladen, und schließlich kontextuell divergierend weiterentwickelt. Zudem ist die Geschichte des Begriffs des Konservativen eine, in der sich Begriffe und Begriffenes wechselseitig beeinflussen. Zunächst wirkt sich die Realgeschichte in Form der Französischen Revolution auf das politische Denken aus, dann drückt letzteres der praktischen Politik seinen Stempel auf. Dass dabei die entscheidende Phase der Begriffsformierung zwischen 1750 und 1850 datiert wird, harmoniert mit Kosellecks (1979: xv), in der Einleitung zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* präsentierten These der „Sattelzeit“. Dieser These zufolge stellt diese geschichtliche Phase eine Epochenschwelle dar, in der der politische Wort- und Begriffsapparat einen tiefgreifenden Bedeutungswandel erfuhr. Schließlich tritt mit der Beobachtung der diskursiven Marginalisierung des Worts „konservativ“ bzw. „Konservatismus“ die Wichtigkeit der semantisch-konzeptuellen Differenz zutage.

Doch gerade in dieser Hinsicht fällt auf den zweiten Blick auf, dass Vierhaus' Eintrag eine wortgeschichtliche Schlagseite aufweist. Selbige mag bereits vom Titel abgelesen werden – Vierhaus entscheidet sich für das (Begriffs-)Wort in zwei Varianten („konservativ, Konservatismus“), anstatt für ein Wortcluster. Analog zu Volker Sellins (1984) Lexikonartikel „Regierung, Regime, Obrigkeit“ hätte man ja beispielsweise „Konservatismus, Status quo, Bewahrung“ wählen können. Deutlicher wird die wortgeschichtliche Schlagseite an der Stelle, an der Vierhaus den diskursiven Relevanzverlust des Worts „konservativ“ (bzw. „Konservatismus“) festgestellt. Denn hier verwendet er „Wort“ und „Begriff“ beinahe synonym – und ebnet dadurch die analytische Unterscheidung zur Erfassung der semantisch-konzeptuellen Differenz ein:

„Zwar lässt sich eine deutliche Kontinuität im konservativen politischen Credo erkennen; ein Grundbestand von wertbestimmten Überzeugungen und Ablehnungen, die unter sich wandelnden Bedingungen zur Geltung gebracht werden sollen. Der Begriff ‚Konservatismus‘ aber hat sich dafür nicht als Selbstbezeichnung und Kennwort durchgesetzt“ (Vierhaus 1982: 565).

Eine Folge des Zurückfallens auf eine dyadische Zeichen-Gegenstand Struktur ist, dass das Wort „konservativ“ (bzw. „Konservatismus“), das zunächst als instrumenteller Zugangspunkt zur Analyse des Begriffs des Konservativen diente, in den Status des Untersuchungszwecks gehoben wird. Chronologisch betrachtet endet der Eintrag denn auch mit der Beobach-

tung, dass der noch im 19. Jahrhundert verwässernde Wortgebrauch nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland einen weiteren „Randschärfenverlust“ erlitten habe (Vierhaus 1982: 531), infolgedessen „ganze Gruppen, Parteien“ sowie „sozial[e], moralisch[e] Verhaltensweisen und Denkhaltungen“ konservativ genannt wurden.

Gravierender ist, dass Vierhaus die diskursive Vereinnahmungen des Wortes „konservativ“ in der Folge von Kämpfen um Deutungshoheit in der „Sattelzeit“ zum Anlass nimmt, nichthegegoniale Konzeptualisierungen des Konservativen als begriffsgeschichtliche Nebenerscheinungen auszuklammern. Zur Erklärung: Chateaubriands Titelwahl *Le Conservateur* für ein konstitutionell-monarchisches Publikationsorgan in postrevolutionären Zeiten kam ja nicht von Ungefähr. Er konnte damit sinnhaft an jenen vorrevolutionären Sprachgebrauch anschließen, der politischen Ämtern einen Bewahrungsauftrag auferlegte. Damals wie nun, kurz nach der Wiederherstellung der Bourbonenmonarchie, waren die (obersten) Amtsträger ja Könige gewesen. Und doch war seine Anknüpfung alles andere als nahtlos – und seine Titelwahl weniger Ausdruck einer empirischen Schlussfolgerung, als mehr polemisch bedingter Sprechakt. Denn die Französischen Revolutionär:innen hatten ihrerseits mit großer Selbstverständlichkeit die personalistische Wortvariante *conservateur* adjektiviert und abstrahiert gehabt, um den Geist der Verfassung und das Ziel einer Regierung (sowie eine Hauptmotivation für den Staatsstreich des 18. Brumaire) „konservativ“ zu heißen.³ Die perlokutionäre Kraft seines Sprechakts erläuternd, sprach Chateaubriand (zitiert nach Vierhaus 1982: 538) zutreffend von einer „révolution“ (im ursprünglichen Sinn der Zurückwälzung der Verhältnisse zu einem ursprünglichen, legitimen Zustand).

Vierhaus erwähnt den Wortgebrauch der Revolutionär:innen, wertet die damit bezeichnete Begriffsbestimmung des Konservativen aber als Transitionsphänomen, weil Chateaubriands sprachpolitische *révolution* von Erfolg gekrönt war. Doch es ist gerade der entstehende Verständniskonflikt, der den Begriff des Konservativen in den Rang eines politischen *Grundbegriffs* hebt. Beide Konfliktparteien glaubten, mit ihrer Konzeptualisierung die vorrevolutionäre Tradition authentisch fortzuführen; und aufgrund der veränderten Strukturbedingungen konnten auch beide mit gewissem Recht beanspruchen, der Idee des *conservateur* von Recht und Eigentum gerecht

3 „[C]onstitution conservatrice“ (1789), „government tutélaire et conservateur“ (1796), „Les idées conservatrices, tutélaires, 'libérales' sont rentrées dans leur droit par la dispersion des factieux qui opprimaient les Conseils“ (1799). Vgl. Vierhaus (1982: 537).

zu werden. Möglich war der Authentizitätskonflikt aufgrund der veränderten Strukturbedingungen geworden. In vorrevolutionären Zeiten hatte sich die Frage einfach nicht mit realpolitischem Nachdruck gestellt, ob der politische Bewahrungsauftrag am Königtum haftet, oder auch nichtmonarchischen Regierungen, dem Gesetz, zufallen kann; ob politische Konservierung an die ständische Feudalordnung gebunden oder aber mit den progressiven Ideen von 1789 kompatibel ist.

In einem anderen Fall verhält es sich ähnlich. Vierhaus weist zwei Bestimmungen des Begriffs des Konservativen nach, die in Deutschland und deutlich vor den revolutionären Umwälzungen in Frankreich miteinander in Konflikt geraten. Einerseits handelt es sich dabei um einen Traditionszweig der deutschen Aufklärung. Wie beim *conservateur*, habe die Aufrechterhaltung von Eigentum und erworbenen Rechten im Zentrum der Begriffsbestimmung gestanden. Dazu wäre die Bewahrung „fundamentale[r] Wert[e] (Menschenliebe, Patriotismus, Religion, gesetzliche Ordnung, Bildung)“ gekommen. Doch diesem Traditionszweig sei sofort und mit Erfolg heftiger Gegenwind von einem „ständisch-orientierte[n] Konservatismus der Privilegierten“ entgegengeweht (Vierhaus 1982: 534f.). Aus diesem Grund wertet Vierhaus wiederum nur die ideologische Gegenreaktion als Primärfaktor für die Begriffsbestimmung des Konservativen. Dieses Mal scheint zudem die „Erhaltungs-Begrifflichkeit“ (Vierhaus 1982: 535) im Wege zu stehen, die die Aufklärer:innen anstatt des Ausdrucks „konservativ“ zur Beschreibung ihrer Ansicht nutzten.

Hochinteressant ist die erneute Ausklammerung einer Begriffsbestimmung des Konservativen auch deshalb, weil Vierhaus zur Charakterisierung die Unterscheidung zwischen einem „Werte-“ und einem „Strukturkonservatismus“ nutzt. Das Wortpaar hatte der SPD-Politiker Erhard Eppler (1975) wenige Jahre vor Erstellung des Lexikoneintrags in den bundesrepublikanischen Diskurs eingeführt. Ihm zufolge sei die SPD auf die Erhaltung von Werten (wie der Menschenwürde und des Umweltschutzes), die CDU/CSU hingegen auf die Zementierung vorhandener Machtstrukturen ausgerichtet. So fragwürdig die Unterscheidung aus analytischer Sicht ist – wir kommen später darauf zurück – und so unklar bleibt, wie sich der „Wertekonservatismus der deutschen Aufklärung“ und der „ständisch-orientierte[n] Konservatismus der Privilegierten [mit den] Strukturen eines Systemkonservatismus“ (Vierhaus 1982, 534f.) eigentlich zu den französischen Begriffsbestimmungen verhält, so wenig überrascht, dass Eppler den bereits totgeglaubten Authentizitätskonflikt und Streit über den rechtmäßigen Anspruch auf das Label „konservativ“ neu entfachte. Erstmals als

konservativ bezeichnete sich die CSU 1976 und die CDU 1978; beide Male wurde ein expliziter Bezug zu einer zu bewahrenden „Wertordnung“ hergestellt (CSU 1976: 11; vgl. Hildmann 2018: 6).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Vierhaus' historiographische Analyse zur Vereindeutung des Begriffs des Konservativen neigt, und zwar letztlich deshalb, weil sie dem Wort „konservativ“ zu großen Stellenwert einräumt. Erfolgreiche Wortvereinnahmungsmanöver werden zum Anlass genommen, rivalisierende Begriffsbestimmungen als unwesentlich zu betrachten. Von dieser Abwertung ist abzusehen, wenn wir der triadischen Struktur begriffsanalytischer Forschung gerecht zu werden hoffen, derzufolge Wörter bloße Zugangspunkte zur Erschließung begrifflicher Konstellationen sind. Nichtsdestotrotz darf darüber nicht das große Verdienst von Vierhaus' Untersuchung vergessen werden: Sie weist uns auf die Existenz von zumindest zwei analytisch distinkten und empirisch von entgegengesetzten Lagern hervorgebrachten Bestimmungen des Begriffs des Konservativen hin. Die eine lässt sich provisorisch als substanzieller Wertekonservatismus fassen, die andere als prozeduraler Statusquoismus. Um möglichst gut konservativen Argumenten und Begründungslogiken im 21. Jahrhundert nachspüren zu können, wird der Fokus im Folgenden auf letztere Bestimmung gerichtet; sie erscheint nicht nur in der gegenwärtigen Konservatismusforschung relativ vernachlässigt; sie verspricht auch normativ interessanter als ihr wertkonservativer Widerpart zu sein.

4. Ist eine Status-quo-Orientierung nur im Paket zu bekommen?

Analysen des Begriffs des Konservativen jüngerer Datums entstammen zu meist der Ideologieforschung. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, sämtliche (als relevant erachteten) Begriffsbestimmungen des Konservativen unter einen Hut zu bringen, ihre Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und die Variabilität zu erklären. Dass das Konservative auf eine monistisch gedachte Essenz reduziert werden kann, stellt dabei eine Minderheitenmeinung dar. Analog zu Vierhaus' „Konservatismus der Privilegierten“ des 18. Jahrhunderts will Peter Dorey (2011) beispielsweise das Wesen des Konservatismus in der Aufrechterhaltung einer unegalitären Gesellschaftsstruktur erkennen. Noel O'Sullivan (1976: 9ff.), um ein zweites Beispiel zu nennen, stellt ein Bekenntnis zum Menschen als Mängelwesen mit minimalstaatlichen Implikationen ins Zentrum.

Deutlich populärer sind Verständnisse, die dem Konservatismus zwei oder mehr Eigenschaften zuschreiben. Und das Maß der Dinge in dieser Hinsicht ist zweifellos Michael Freedens (1996: 317ff.) morphologischer Ansatz. Hier, so erweist sich, nehmen beide von Vierhaus herausgearbeiteten Bestimmungen des Konservativen einen zentralen Platz ein. Laut Freedom nämlich kennzeichnet sich Konservatismus über die Existenz zweier *core concepts*: (i) eine Abwehrhaltung gegenüber nichtorganischem bzw. unnatürlichem Wandel sowie (ii) einen Glauben an einen außermenschlichen Ursprung von (guter) gesellschaftlicher Ordnung. [Zwei *adjacent concepts* komplettieren das Bild, von denen (iii) eines in einer reflexartigen Rückprojektion progressiver Werte mit umgekehrter Polarität besteht, und das andere (iv) in einem hohen Maß an konzeptueller Anpassungsfähigkeit an sich verändernde kontextuelle Umstände.] Biebricher (2018: 19) stützt sich explizit auf Freedens Ansatz, deshalb kommen auch bei ihm die beiden Bestimmungen des Konservativen vor. Für uns ebenso wichtig wie die genauen Umriss der beiden Konzeptualisierungen ist nun die Behauptung Biebrichers, dass sie nur im Gesamtpaket zu haben seien. Diese Behauptung ist, wie wir gleich sehen werden, ein konstitutiver Pfeiler, auf dem die zu überprüfende Erschöpfungssyndromthese ruht.

Konservativ, gemäß Biebricher, ist einerseits ein substanziell-ideologisches Bekenntnis zu einer als überzeitlich angenommenen, organischen Ordnungsvorstellung, die (christlich-abendländische) Tradition, Ungleichheit und die Notwendigkeit von Hierarchie und Autorität betont (im Folgenden kurz „Wertekonservatismus“). Andererseits fasst er eine erfahrungsbasierte, prozedurale Status-quo-Orientierung als konservativ. Entscheidend jedoch sei die Erkenntnis, dass es sich weder um zwei unterschiedliche Begriffe noch Begriffsbestimmungen des Konservativen handle, sondern „um unterschiedliche Aspekte *eines* Konservatismus“ (Biebricher 2018: 18, Hervorhebung im Original). Die Bedeutung dieser „package theory“ für die Erschöpfungssyndrom-Diagnose ist nicht zu unterschätzen. Denn auch wenn sich die Unionsparteien laut Biebricher unter Merkel *wertekonservativer* Positionen entledigt haben, so hätten sie eine trivialisierte Art von Status-quo-Orientierung – nämlich das Merkel’sche Auf-Sicht-Fahren – ja gerade zu ihrem Kerngeschäft gemacht. Andererseits hätte Biebricher ohne die *package theory* in Erwägung ziehen müssen, dass die parteipolitische Repräsentanz des Konservatismus in Deutschland zur (teilweise wertekonservativen, wohl aber eher nicht statusquoistischen) AfD migriert sei. Ohne die Annahme einer untrennbaren Einheit fiele die Erschöpfungssyndromsdiagnose in sich zusammen.

Umso bemerkenswerter ist, wie gewaltig die Spannungen zwischen den beiden Elementen der *package theory* ist. Auf der einen Seite haben wir eine Politik der abwägenden Vorsicht in Anbetracht von systemischer Komplexität, die von empirischer Bescheidenheit und der Bereitschaft zum pragmatischen Interessensausgleich geprägt ist. Gedanklicher Ausgangspunkt ist die „widerlegliche Vermutung für die Vernünftigkeit des Bestehenden“ (Kriele 1979: 42, 49), welche die Beweislast bei institutionellen Abwägungsfragen den Veränderungswilligen zuschiebt. Die andere Seite weiß sich mit einem privilegierten Zugang zu überzeitlichen Gewissheiten ausgestattet; der Realisierung der Ordnung, die diesen Gewissheiten entspricht, wird nachgeeifert ganz unabhängig vom institutionellen Status quo und mit allen Mitteln. Der vermeintliche Wissensvorsprung legitimiere beispielsweise wohl tätige Täuschungen. Biebricher (2018: 25) macht keinen Hehl aus der Unterschiedlichkeit. Das Konglomerat leide unter „beträchtlichen Instabilitäten“ und sogar „inhärenten Paradoxien“ (Biebricher 2018: 18, 37); die zwei Seiten könnten aufs „genaue Gegenteil“ hinauslaufen. Eine Frage drängt deshalb sich auf: Warum sollten Wertekonservatismus und Statusquoismus trotz Inkompatibilität untrennbar miteinander verknüpft und nicht unabhängig voneinander kultivierbar sein?

Aus Biebrichers Argumentation lassen sich zwei Rechtfertigungen herauslesen. Das erste Argument betont die Insuffizienz des prozeduralen Elements. Ohne „inhaltlich[e] Orientierungsmarken“ sei eine Status-quo-Orientierung bedeutungslos. „Schließlich kann man sich kaum vorstellen, dass ein rein reaktiver Konservatismus wirklich jeden Status quo bis hin zum real existierenden Sozialismus verteidigen würde“ (Biebricher 2018: 19). Als richtig darf zweifellos gelten, dass es wenige politische Akteure geben dürfte, die in die Politik nichts als eine Status-quo-Orientierung mitbringen. Doch gilt dies gleichermaßen für alle politischen Haltungen, substanzielle Ideologien eingeschlossen. Die Identitäten von politischen Akteuren sind plural, wenn nicht gar eklektisch. Auch ist möglich, dass die Verteidigung der Gesellschaftsordnungen Kubas, Nordkoreas oder der Volksrepublik Chinas, wo sie denn stattfindet, sozialistisch motiviert oder eigeninteressegeleitet erfolgt, nicht schon weil man die bestehenden Strukturen zu schätzen gelernt, Pfadabhängigkeiten erkannt oder die Kosten von Systemwandel gescheut hat. Nur: theoretisch spricht nichts gegen eine solche Verteidigung. Torbjörn Tännjö (1990: 140ff.) wies nach, dass sich eine „Conservative Defence of Real Socialism“ sogar erstaunlich plausibel

erweist.⁴ Wie jüngere Forschungsbeiträge (Brennan und Hamlin 2004, 2016; siehe auch Cohen 2013, O'Hara 2016) bestätigen und ergänzen, kann sich eine politische Status-quo-Orientierung auf diverse ökonomische, risikoethische sowie axiologische Überlegungen stützen.⁵ In verallgemeinerter Form ist gegen Biebrichers Rechtfertigung also einzuwenden, dass man keinerlei Präferenz für irgendeine Gesellschaftsordnung haben muss, um vernunftbasiert gegen die Abschaffung des je implementierten Institutionengefüges optieren zu können. (Ohne Vernunftgründe, d.h. als Folge einer Status-quo-Bias, kann man es selbstredend auch.)

Die zweite Rechtfertigung behauptet, ein prozeduraler Begriff des Konservativen sei insuffizient, weil den Status quo zu erhalten ein Ding der Unmöglichkeit sei:

„[S]einer reaktiven Grundstruktur kommt der Versuch der Rettung des Bestehenden immer schon zu spät, denn er setzt erst ein, wenn jenes schon am Vergehen ist. So groß auch die Anstrengungen in Richtung einer Wiederherstellung sein mögen, müssen sie doch unweigerlich scheitern, denn selbst wenn es gelingen sollte, das Rad der Zeit ein Stück weit zurück zu drehen, so ist es doch unmöglich, die Verhältnisse in ihrer vermeintlichen Authentizität und Natürlichkeit zu restituieren [...]: Restauration ist unvermeidlicherweise immer auch Konstruktion, und so kann der Konservatismus nicht anders, als im verzweifelten Versuch der Rettung des althergebrachten Natürlichen auf geradezu tragische Weise immer doch nur artifiziell Neues zu schaffen“ (Biebricher 2018: 43f.).

4 Im Einklang mit der hier präsentierten These, derzufolge der prozedurale Konservatismus suffizient ist, fasst Tännsjö sein Ergebnis wie folgt zusammen: „Right-wing conservatives will probably feel that, no matter how good are the conservative arguments for this system, for all that, they are not capable of identifying with the institutions and habits thus defended. However, if my argument has succeeded, they should recognize that, when they feel that their favoured systems are in conflict with these (socialist) systems, this is a case where two conservative traditions are in conflict“ (Tännsjö 1990: 155).

5 Entsprechende Reflexionen wurden übrigens schon lange vor Edmund Burke angestellt. Ebenso prominent wie eindrucksvoll trug bspw. Descartes (1997) epistemologische Argumente über die Bewahrungswürdigkeit etablierter Institutionen vor: Aufgrund der Komplexität des Institutionengefüges läge die Beweislast für die Wünschbarkeit von Veränderungen aufseiten der Reformer:innen (II: 9f.; III: 15); aufgrund der Grenzen menschlicher Verstandestätigkeit wögen in der Politik Erfahrungsbeweise schwerer als jene der abstrakten Verstandestätigkeit (IX: 9f.).

Wer bewahren will, führt Innovationen nach dem Maßstab früherer, vermeintlich natürlicher Werte durch; scheiternd fällt die Status-quo-Orientierung auf den Wertekonservatismus zurück.

Die Validität des Arguments hängt von der favorisierten Theorie diachroner Identität ab. Sie ist grundsätzlich gegeben, wenn man Heraklits *panta rhei*-Formel in Anschlag bringt, derzufolge man nicht zwei Mal in denselben Fluss steigen kann. Allerdings kommt es noch darauf an, was man eigentlich unter dem Status quo versteht. Meint man damit die Gesamtheit aller materiellen und ideellen Gegenstände des Ist-Zustandes, dann ist die Sache klar. Beschränkt man sich auf die in einer Gesellschaft vorhandenen Wertvorstellungen, dann sieht es ähnlich aus, denn Sitten und Gebräuche, selbst jene lebendiger Traditionen (Beckstein 2017) verändern sich laufend. Wer folglich als das Bewahrungswerte die existierende „Leitkultur“ ausgibt, der fällt tatsächlich genau dem von Biebricher beschriebenen Mechanismus zum Opfer, Gestorbenes wiederbeleben zu müssen, und weil dies unmöglich ist, letztlich zum Geburtshelfer einer untoten Vergangenheit zu werden.⁶

Doch die rechtlich sedimentierten, institutionellen Strukturen einer Gesellschaft, auf die zu konzentrieren sich stattdessen anbietet, wirken träger als Sitten und Gebräuche. Die Rettung des Bestehenden ist durchaus möglich, und zwar genau dann, wenn die Gesetzgebung Urlaub macht. Lord Derby lebte diese Einsicht: Er schlug das Amt des Premierministers aus, weil er wollte, dass alles beim Alten blieb. Als Oppositionsführers, so meinte er, könne er die Regierung viel effektiver davon abhalten „Dinge zu tun“ (vgl. Charmley 1996: 2).

Der Verweis auf die Eigenzeitlichkeiten legislativer Prozesse ist aber nur der offensichtlichste und oberflächlichste Grund, weswegen wir politische Erhaltungsbemühungen nicht sofort ins Reich des Utopischen (bzw. Retrotopischen, siehe Bauman 2017) verweisen müssen. Die allermeisten von uns werden auch nicht Heraklits *panta rhei*-Formel unterschreiben wollen.

6 Tatsächlich könnte es sich angesichts der konzeptuellen Unklarheiten (siehe „6. Fazit“) anbieten, Wertekonservatismus ebenfalls als einen Statusquoismus zu verstehen. Wohingegen die hier als prozedural-konservativ eingeführte Status-quo-Orientierung auf die rechtlich implementierte Institutionenordnung rekurriert, würde sich ein statusquoistisch verstandener Wertekonservatismus auf die in der Gesellschaft vorherrschenden Sitten, Bräuche und Traditionen, d.h. die Leit- bzw. Majoritätskultur beziehen. Neben der von Biebricher hervorgehobenen praktischen Problematik bestünde freilich die normative Problematik der drohenden Inkompatibilität mit den generischen Bedingungen der öffentlichen Vernunft.

Wir müssen dabei gar nicht auf das selbstredend bestehende Angebot alternativer Theorien diachroner Identität eingehen, auf jene endurantistischen, exdurantistischen oder vierdimensionalistischen Erklärungen, weshalb die einst grüne und dann gereifte Tomate ein und dieselbe ist. Es genügt, Derek Parfit (1976) folgend festzuhalten, dass Institutionen gewisse Veränderungen *überleben* können, genauso wie wir nicht gleich ganz andere werden, nur weil wir ein neues Buch gelesen – oder ein altes vergessen haben. Die Frage, welche (Art von) Veränderungen genau eine Institution erdulden kann ohne ihre Identität zu verlieren, ruft freilich den Jahrtausende währenden Disput über die Lösung des Theseus-Paradoxons in Erinnerung, den Streit zwischen Formalisten wie Aristoteles und Materialisten wie Thomas Hobbes. Doch erneut können wir auf eine ontologische Antwort verzichten, denn der öffentliche Wert von Institutionen ist in erster Linie instrumenteller Natur. Die Leistungen, die eine Institution erbringen soll, fallen mehr ins Gewicht, als etwa ihre Organisationsform, das sie betreibende „Menschenmaterial“ oder ihre konkreten Mechanismen. Folglich könnte ein Heraklit abschwörender, aber immer noch alles beim Alten lassen wollender Nachahmer Lord Derbys sogar bestimmte (nämlich nichtessenzielle) Veränderungen von bestehenden Institutionen zulassen. Kurzum, entgegen Biebrichers Behauptung, kommt die Rettung des Bestehenden nicht immer schon zu spät.

Für die wesensmäßige Fortexistenz von Institutionen kommt es mehr darauf an, dass sie die ihnen zugedachte Funktion erfüllen, als dass sie beispielsweise mit unverändertem Wortlaut in Gesetzestexten verankert wären. Doch der (institutionelle) Status quo kann sich ganz von allein verändern, ohne dass die Legislative aktiv würde. Denn die Funktionsweise von Institutionen hängt von den Kontextbedingungen ab, unter denen sie operieren; von den sozialen, ökonomischen, ökologischen Verhältnissen und vielem mehr. Wenn sich diese ihrerseits wandeln, dann sind – scheinbar paradoxerweise – Veränderungen nötig, um Veränderung zu verhindern. Anders ausgedrückt: (Sozialer, ökonomischer, ökologischer, etc.) Strukturwandel macht proaktive Instandhaltungsmaßnahmen, Adaptation nötig (siehe hierzu Beckstein 2019). In diesem Sinne lässt sich auch das Burke'sche Diktum verstehen, dass ein Staat ohne die Möglichkeit zum Wandel nicht über die Mittel seiner Erhaltung verfügt (Burke 2009, 21). Früher und präziser noch wurde dieses Scheinparadox institutioneller Instandhaltungsbemühungen vom Sonnenkönig formuliert: „...one of the best remedies against these changes is to change with them“ (Louis XIV. 1970: 169).

Zwei Implikationen für die Bestimmung des Konservativen als Status-quo-Orientierung fallen ins Auge: Erstens, verlangt sie keineswegs, wie oft nahegelegt wird, eine Politik der kleinen Schritte statt großen Würfe. Der Umfang der Adaptionsnotwendigkeiten bemisst sich ausschließlich am Ausmaß des Strukturwandels. Wenn die externen Veränderungen extrem sind, werden auch radikale Renovationsbemühungen nötig um funktionale Äquivalenz zu gewährleisten. Die gesetzliche Pflicht in Spitzbergen, eine Waffe außerhalb von Siedlungen zu tragen (deren Ziel die Beförderung körperlicher Unversehrtheit ist), müsste so beispielsweise wohl in ein gesetzliches Waffenverbot überführt werden, wenn der Klimawandel zum dortigen Aussterben der Eisbären führen würde. Zweitens wird eine entscheidende Qualifikation der veränderungsskeptischen Beweislastregel notwendig. Wenn sie bisher behauptete, politische Innovationen müssten den Wert bestehender Institutionen deutlich übertreffen, weil ihre Einführung Transformationskosten zeitigt, dann wird nun ersichtlich, dass auch die Aufrechterhaltung des Status quo mit Kosten (namentlich Erhaltungskosten) verbunden ist. Ein gutes Illustrationsbeispiel hierfür ist die Einführung des Rechtsverkehrs in Schweden 1967. Im Grunde ist es ja einerlei, ob im Straßenverkehr auf der rechten oder der linken Spur gefahren wird. Eine Umstellung vom Einen aufs Andere aber ist offensichtlich mit Kosten (inklusive eines temporär erhöhten Unfallrisikos) verbunden, und daher *prima facie* abzulehnen. Unter anderem deshalb waren 1955 auch 85% der schwedischen Bevölkerung im Rahmen einer Volksabstimmung gegen die Einführung des Rechtsverkehrs. Doch ob es abzusehen war oder nicht: die Beibehaltung des Linksverkehrs wurde in den Folgejahren immer teurer. Denn bis 1960 hatten auch die letzten Nachbarländer Schwedens den Verkehr auf die rechte Fahrbahnseite verfrachtet; der Grenzverkehr nahm dramatisch zu und auch die exportorientierte schwedische Autoindustrie stellte die Produktion auf die Norm ihrer Zielmärkte um.

Kommen wir damit zu den offenen Fragen unserer Untersuchung zurück: Ist eine politische Status-quo-Orientierung nur in Kombination mit einem antipluralistischen Wertekonservatismus zu haben? Falls ja, sind dann auch konservative Begründungen und Argumentationsweisen aus dem demokratischen (Mitte-)Diskurs verschwunden? – Biebrichers affirmative Beantwortung beider Fragen wirkt nicht unausweichlich. Die Argumente zur Stützung der *package theory* konnten entkräftet werden. Das statusquoistische Verständnis des Konservativen ist analytisch distinkt, inhaltlich gehaltvoll und logisch unabhängig von Wertekonservatismen – eben weil es sich orthogonal zu substanziellen Ideologien jeglicher Façon

verhält. Ebenso wie unterschiedliche Strategien zur Erhaltung institutioneller Errungenschaften gewählt werden können, und ebenso wie die Einschätzungen des Umfangs und Grades von externem Wandel divergieren werden, so ließen sich Gründe für eine progressive Einstellung anführen, die eine prozedurale Fortschrittsorientierung rechtfertigen würden.

Darüber hinaus erbrachte die Vierhaus'sche Begriffsgeschichte bereits den Nachweis, dass das statusquoistische Verständnis des Konservativen in der Vergangenheit (namentlich von jenen, die die Errungenschaften der Französischen Revolution instandhalten wollten) vertreten worden ist. Dass es auch in der heutigen politischen Praxis der Bundesrepublik eine Rolle spielt, und von welchem Lager bzw. welchen Lagern sie in den Diskurs eingespeist werden, das soll im nächsten Abschnitt ein empirischer Nadelstich in der Form einer selektiven Auswertung aktueller Parteiprogramme zeigen.

5. Zur diskursiven Verortung von Instandhaltungsargumenten im gegenwärtigen Deutschland

Um die praktische Relevanz der vorausgegangenen theoretischen Erörterung sowie die Präsenz von Instandhaltungsargumenten im gegenwärtigen Diskurs der erweiterten Mitte nachzuweisen, beschränke ich mich hinsichtlich der Quellenauswahl auf die Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2021. Sie stellen die in langwierigen, parteiinternen Aushandlungsprozessen beschlossenen, sowie (im Unterschied zu Grundsatzprogrammen) konkreten und auf Außenwirksamkeit ausgerichteten Standpunktverortungen der größten politischen Gruppierungen in Deutschland dar. Sie versprechen besonders gut Aufschluss darüber zu geben, welchen Argumenten im öffentlichen Diskurs Durchschlagskraft zugetraut wird.

Um Instandhaltungsargumente in diesen Texten zu identifizieren, das legten unsere anfänglichen Reflexionen nahe, sollten wir uns nicht auf das Vorkommen des Wortes „konservativ“ versteifen. Und tatsächlich: würden wir es tun, könnten wir uns kurzhalten. Von den im Bundestag vertretenen Parteien wurde das Wort „konservativ“ bzw. „Konservatismus“ im Schnitt gerade einmal alle 200 Seiten gebraucht. Ein einziges Mal verweist das Wort auf Inhaltliches; in den vier anderen Fällen wird es hingegen als inhaltlich vages Synonym für die CDU/CSU bzw. die AfD genutzt.

Tabelle 2: Worterwähnungen in den Programmen zur Bundestagswahl 2021

Parteiprogramm	Worterwähnungen	
AfD (210 Seiten)	1	„Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als <i>konser-</i> <i>vative</i> Prinzipien“ (S. 198)
CDU/CSU (140 Seiten)	0	-
Die Grünen (272 Seiten)	1	„Es war ein Fehler, dass die <i>Konservativen</i> jahrzehn- telang eine eigene Fiskalpolitik Europas verhindert haben.“ (S. 68)
Die Linke (168 Seiten)	2	„Die AfD versucht, missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zu Landeszentralen für politische Bildung zu diskreditieren. <i>Konservative</i> for- dern, Grundrechte einzuschränken.“ (S. 117) ⁷
FDP (68 Seiten)	0	-
SPD (66 Seiten)	1	„Immer wieder fordern Arbeitgeber und <i>konservative</i> Kräfte, dass Menschen für eine gute Rente noch län- ger arbeiten sollen.“ (S. 35)

Die Quellen widerlegen nicht direkt die u.a. von Vierhaus erlangte Einschätzung, dass der Verlauf der Geschichte der Existenz eines bewussten und sich selbst so bezeichnenden Konservatismus in Deutschland entgegengewirkt hat. Gleichwohl weist die Wortverwendung der AfD durchaus auf ein (wie auch immer begriffenes) konservatives Selbstverständnis hin. Und im weiteren Umfeld der für die Erstellung von Programmen verantwortlichen Kreise lassen sich seit einigen Jahren gelegentlich auch bei anderen Parteien ähnlich positive Bezugnahmen auf den Ausdruck „konservativ“ nachweisen. Neben der AfD sind hier erwartungsgemäß die Unionsparteien zu nennen (z.B. Dobrindt 2018, Hildmann 2018), sowie insbesondere die Grünen (z.B. Kienzle 2012: 251; Kretschmann 2018, Siller 2019). Auch wenn also das letzte Kapitel in der Wortgeschichte noch nicht geschrieben sein dürfte, so scheinen sich „konservativ“ und „Konservatismus“ aktuell höchstens im erweiterten Kandidatenkreis der zentralen Wörter der politischen Sprache in Deutschland zu befinden.

Anstatt die Analyse durch die Fixierung auf Wortnennungen von „konservativ“ bzw. „Konservatismus“ engzuführen, wurden weitere Begriffswörter aus dem semantischen Feld hinzugenommen, die uns Zugang zum Begriff des Konservativen zu verschaffen versprechen. Konkret wurden in einem ersten Schritt sämtliche Passagen ausfindig gemacht, die Wort-

7 Die andere Wortnennung findet sich im selben Abschnitt kurz zuvor.

nennungen von „bewahren“, „(unverändert) lassen“, „(aufrecht-) erhalten“, „(bei-) behalten“ oder „sichern“ enthalten. In zweiter Instanz wurde dann die inhaltliche Relevanz der Funde kontrolliert – und die für unsere Zwecke irrelevanten Argumente aussortiert.⁸

Das Ergebnis dieser schlichten Analyse bestätigt zunächst die Vermutung, dass die Unionsparteien den Abgesängen auf den Konservatismus in Deutschland zum Trotz durchaus auf konservative Rechtfertigungsmuster zurückgreifen. In ihrem 140 Seiten langen Programm wird durchschnittlich auf jeder fünften Seite angekündigt, man werde an einer bestehenden Institution festhalten – indem man entweder nichts tut, oder aber indem man Erhaltungsreformen auf den Weg bringen wird. Interessanterweise gilt ähnliches für die Grünen, bei denen sich etwa auf jeder sechsten Seite ihres Programms ein Treffer status-quoistischen Argumentierens finden lässt. Hier ist ein Beispiel:

„Die gewachsene Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir *erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen*. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird, sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden.“
(Bündis 90/Die Grünen 2021: 175; eigene Hervorhebung)

Die SPD jedoch stellt mit ihrem „Zukunftsprogramm“ alle anderen in den Schatten. Prozedural-konservative Argumentationsfiguren kommen in ihrem Programm mehr als doppelt so häufig als bei den Unionsparteien vor. Im Programm der AfD zeigt sich mit Abstand das durchschnittlich geringste Vorkommen.

8 Das Verb „erhalten“ wird beispielsweise häufig nicht im Sinne von „bewahren“, sondern „bekommen“ angeführt. Es wird dementsprechend gefordert, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen Rechte oder Zuschüsse zugesprochen werden sollen.

Tabelle 3: Prozedural-konservative Argumentationsfiguren in den Programmen zur Bundestagswahl 2021

Parteiprogramm	Vorkommen der Argumentationsfigur	
	Absolute Häufigkeit	Durchschnittl. Häufigkeit
AfD (210 Seiten)	20	ø 10,5
CDU/CSU (140 Seiten)	28	ø 5,0
Die Grünen (272 Seiten)	43	ø 6,3
Die Linke (168 Seiten)	28	ø 6,0
FDP (68 Seiten)	11	ø 6,2
SPD (66 Seiten)	27	ø 2,4

Zur Einordnung der Ergebnisse muss im Grunde nur zweierlei gesagt werden. Erstens ist die Häufigkeit des Rückgriffs auf Instandhaltungsargumente vonseiten der SPD bemerkenswert, wenn man die historische Perspektive miteinbezieht. 1954, in der Berliner Fassung des Dortmunder Aktionsprogramms, erachtete man sich dem „Menschheitsziel“ des Sozialismus verpflichtet, und wollte den Systemwechsel nicht als „Endziel“ sondern als „Daueraufgabe“ verstanden wissen (zitiert nach Grebing 2005, 439). Im Godesberger Programm (SPD 1959) relativierte man diesen programmatischen Progressivismus. Nunmehr galt es nicht mehr nur als „dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen“, sondern auch „sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“ Angestrebte Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialordnung wurden jedenfalls teilweise schon als notwendige Erhaltungsmaßnahmen zum Schutz der Demokratie legitimiert (siehe insb. den Abschnitt „Eigentum und Macht). Nach gut sechs Jahrzehnten der regelmäßigen Regierungsbeteiligung steht die Herausforderung der Bewahrung institutioneller Errungenschaften nun weit oben in der sozialdemokratischen Kommunikation. Fraglich ist nur, wie bereitwillig man diese prozedural-konservative Wende einzugestehen bereit ist. So weit wie in Dänemark scheint die SPD noch nicht zu sein. Dort bewarb sich Helle Thorning-Schmidt 2015 mit dem unverblümt statusquoistischen Slogan für die Wiederwahl ins Ministerpräsident:innenamt, das Land unverändert lassen zu wollen, („Jeg vil passe på det Danmark, du kender“). Unter ihrer Führung sei die Regierung zwar „reform-Amok“ gelaufen, doch habe dies nur dem Zweck gedient, „den gut entwickelten Wohlfahrtsstaat zu erhalten“ (zitiert in Kristeligt Dagblatt 2013).

Was die Nutzung von Instandhaltungsargumenten durch die deutschen Parteien betrifft, so würde gewiss eine detaillierte qualitative Analyse der Unterschiede eine Reihe weiterer Erkenntnisse liefern. Insbesondere ließe sich herausarbeiten, inwiefern die Instandhaltungsargumente der Parteien z.B. hinsichtlich der zugrunde gelegten Theorien diachroner Identität oder der Einschätzung des externen Strukturwandels divergieren, sowie ob sich die von der einen Partei empfohlene Erhaltungsmaßnahme der anderen Partei als Innovationsreform darstellt. An dieser Stelle müssen wir uns mit den präsentierten quantitativen Gemeinsamkeiten begnügen, die allerdings interessant genug sind: Alle Parteien der erweiterten Mitte greifen regelmäßig auf prozedural-konservative Argumentationsfiguren zurück. Die Grünen wollen nicht nur die Umwelt, sondern etwa ebenso häufig wie die Unionsparteien auch institutionellen Errungenschaften bewahren. Die einst vom Selbstverständnis her dezidiert progressive SPD denkt am (prozedural-) Konservativsten. Und die AfD, die einzige Partei, die sich affirmativ zu „konservativen Prinzipien“ bekennt, will weniger erhalten, als mehr in der Zukunft wiederherstellen, was vermeintlich einst war (z.B. die Wehrfähigkeit, die bürgerliche Selbstbestimmung, geordnete Verhältnisse im Asylverfahren, etc., siehe AfD 2021, insb. 22, 66, 93, 95, 105).

6. Fazit

In diesem Aufsatz wurde ein Schritt zur Überprüfung der jüngst gestellten Diagnose gegangen, derzufolge konservatives Denken keine Rolle mehr im deutschen politischen Diskurs der erweiterten Mitte spielt. Eine Grundlage hierfür bildete eine Reflexion über die triadische Struktur begriffsanalytischer Untersuchungen, die eine Unterscheidung zwischen Wörtern und Begriffen einfordert. Eine weitere, wichtige Grundlage stellte die Infragestellung der *package theory* dar, derzufolge eine Konzeptualisierung des Konservatismusbegriffs im Sinne einer „prozeduralen“ Status-quo-Orientierung auf die Partnerschaft mit einem substanziellen Wertekonservatismus angewiesen sei.

Ein Blick in die Programme zur Bundestagswahl 2021 offenbarte, dass Instandhaltungsargumente eine erstaunliche Popularität bei den Parteien des Bundestags genießen. Die Popularität manifestiert sich in Legitimationsstrategien, die sich für die Nichtveränderung institutioneller Errungenschaften, häufig vermittelt der Durchführung von Erhaltungsreformen, aussprechen.

Zumal kein Zweifel daran bestehen dürfte, dass diese Popularität nicht einfach eine Konstante des bundesrepublikanischen Diskurses seit 1949 ist, sondern ein mehr oder minder neues und vor allem wachsendes Phänomen ist, stellt sich natürlich die Ursachenfrage. Drei Erklärungsoptionen bieten sich unmittelbar an. Erstens ist die Geschichte der Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte; viele Institutionen haben sich bewährt und gelten als Errungenschaften. Ihre Verteidigung anzuempfehlen liegt folglich nahe. Zweitens hat der Zukunftsoptimismus spürbar abgenommen; die Hoffnungen, dass politischer Gestaltungsdrang die Verhältnisse verbessern könne, sind deutlich zurückgegangen (Bregman 2016, Ipsos MORI 2014).⁹ Drittens verschiebt die prozedural-konservative Argumentationsfigur rhetorisch enorm effektiv die Beweislast auf die Innovations- oder Restaurationswilligen; dies zumal Instandhaltungsargumente einerseits nur von der system- bzw. institutionenimmanenten Normativität borgen, und nicht eine externe Bemessungsgrundlage heranziehen müssen. Andererseits scheinen drohende Veränderungskosten schneller ins Bewusstsein zu treten als (die prima facie keineswegs niedriger anzusetzenden) Erhaltungskosten (Beckstein 2019: 11). In der Summe, aber auch einzeln für sich betrachtet, stellen die drei Erklärungsoptionen eine fortwährende Relevanz prozedural-konservativen Denkens und Begründens im politischen Diskurs Deutschlands in Aussicht.

Damit stellen sich erhebliche Zweifel an den anfangs zitierten Einschätzungen ein, denen zufolge konservatives Denken im bundesrepublikanischen Diskurs von heute entweder erschöpft oder aber aus der Mitte zum rechten Rand des politischen Spektrums hin ausgegrenzt worden ist. Ob bei der Rechten eine andere als die statusquoistische Begriffsbestimmung des Konservativen Zuspruch erfährt, muss dahingestellt bleiben, zumal der Wertekonservatismus hier nicht im Fokus stand. Anzumerken ist in dieser Hinsicht allerdings, dass einer Relevanzprüfung eine gründliche Begriffsklärung vorausgeschickt werden müsste. Wenn sich der Begriff bei Aufklärer:innen auf Menschenliebe und Bildung, bei Chateaubriand auf die konstitutionelle Monarchie, beim sozialdemokratischen Wortschöpfer Erhard Eppler auf die Menschenwürde und den Umweltschutz, bei den Unionsparteien daraufhin aufs Christentum, und heute beizeiten auf eine „christlich-jüdische“ bzw. „abendländisch-aufklärerische“ Kultur beziehen kann, dann bezeugt dies

9 In Begriffsgeschichte als Übersetzungsgeschichte (Schmieder und Toepfer 2017) wird in diesem Sinne vom Verschwinden der Wörter „Utopia“, „Weltanschauung“ und „Humanismus“ aus der politischen Sprache Deutschlands ein Schrumpfen des Zukunftshorizonts abgeleitet.

nichts anderes als unzureichende analytische Trennschärfe. „[T]oo many minds have been trying to ‘conserve’ too many things for too many reasons“, stellte Pocock (1987, xlix) für diesen Kontext passend fest. Wer für substanzielle Werte eintritt, wird sie auch gegen andere Werte verteidigen wollen. Nur Relativisten bilden eine Ausnahme. Und der US-Amerikanische Komiker Groucho Marx: “If you don’t like my principles, I have others!”

Literatur

- AfD 2021: *Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag*. [<https://www.afd.de/wahlprogramm/>] <07.07.2022>.
- Bauman, Zygmunt 2017: *Retrotopia*. Cambridge: Polity Press.
- Beckstein, Martin/Weber, Ralph 2022: *Modeling Interpretation and the Practice of Political Theory*. New York: Routledge.
- Beckstein, Martin/Rampton, Vanessa 2018: Conservatism between theory and practice: The Case of migration to Europe. In: *European Journal of Political Research* 57(4), S. 1084–1102.
- Beckstein, Martin 2019: Political Conservation, or How to Prevent Institutional Decay. In: *Constellations* 26, S. 623–637.
- Beckstein, Martin 2017: The Concept of a Living Tradition. In: *European Journal of Social Theory* 20(4), S. 491–510.
- Biebricher, Thomas 2019: *Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Matthes&Seitz.
- Bödeker, Hans Erich 2002: ‘Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode.’ In: Bödeker, Hans Erich (Hg.), *Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte*. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 73–121.
- Bödeker, Hans Erich 2011: *Begriffsgeschichte as the History of Theory. The History of Theory as Begriffsgeschichte: An Essay*. In: Fernández- Sebastián, Javier (Hg.), *New Approaches to Conceptual History: Political Concepts and Time*. Santander: Cantabria University Press, S. 19–44.
- Bregman, Rutger 2016: *Utopia for realists. The case for a universal basic income, open borders, and a 15-hours workweek*. Amsterdam: The Correspondent.
- Brennan, Geoffrey/Hamlin, Alan 2004: Analytic Conservatism. In: *British Journal of Political Science* 34(4), S. 675–691.
- Brennan, Geoffrey/Hamlin Alan 2016: Conservative value. In: *The Monist* 99, S. 336–351.
- BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN 2021: *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021*. [<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>] <07.07.2022>.
- Burke, Edmund 2009: *Reflections on the revolution in France*. Oxford, New York: Oxford University Press.

- Busse, Dietrich 1987: *Historische Semantik: Analyse eines Programms*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- CSU Landesleitung (Hg.) 1976: *Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union*. München.
- CDU/CSU 2021: *Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland*, [https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/programm/CDU_Beschluss%20Regierungsprogramm.pdf] <7.7.2022>.
- Charmley, John 1996: *A history of conservative politics 1900–1996*. Basingstoke: Macmillan.
- Cohen, G. A. 2013: Rescuing conservatism: A defense of existing value. In: Otsuka, Michael (Hg.), *Finding oneself in the other*. Princeton (NJ): Princeton University Press, S. 143–174.
- Descartes, René 1997: *Discours de la méthode - Von der Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Forschung*. Hamburg: Meiner.
- Die Linke 2021: Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. [<https://www.die-linke.de/partei/programm/downloads/>] <07.07.2022>.
- Dobrindt, Alexander 2018: Für eine bürgerliche Wende, *Die Welt* 4.1.2018, S. 1–3.
- Dorey, Peter 2011: *British Conservatism. The Politics and Philosophy of Inequality*. London: I.B. Tauris.
- FDP 2021: *Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten*. [<https://www.fdp.de/nie-gab-es-mehr-zu-tun/>] <07.07.2022>.
- Freeden, Michael 1996: *Ideologies and political theory: A conceptual approach*. Oxford: Oxford University Press.
- Grebing, Helga 2005: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. In: Segmann, Franz-Josef/Jähnnichen, Traugott/Friedrich, Norbert/Grebing, Helga (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS, S. 353–595.
- Hacke, Jens 2015: Auf der Strecke geblieben? Über das Verschwinden des Konservatismus als politische Ideologie. In: *Indes* 3, S. 21–28.
- Hildmann, Philipp W. 2018: *Was ist konservativ? Ein Plädoyer für Maß und Mitte*. München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- IpsosMORI 2014: People in western countries are pessimistic about future for young people. IpsosMORI Global Trends Survey, [<https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/3369/People-in-western-countries-pessimistic-about-future-for-young-people.aspx>] <07.07.2022>.
- Kienzle, Ulrich 2012: *Ulrich Kienzle und die siebzehn Schwaben*. Stuttgart: Sagas.
- Koselleck, Reinhart 1979: Einleitung. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1. Stuttgart: Klett-Cotta, S. XIII–XXVII.
- Koselleck, Reinhart 1983: „Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung.“ In *Gegenstand und Begriffe der Verfassungsgeschichtsschreibung*, Der Staat 6, S. 7–21.

- Koselleck, Reinhart 2004: *Neuzeit: Remarks on the Semantics of Modern Concepts of Movement*. Übersetzt von Keith Tribe. In: Koselleck, Reinhart, *Futures Past: On the Semantics of Historical Time*. Übersetzt von Keith Tribe, New York: Columbia University, S. 222–254.
- Kretschmann, Winfried 2018: *Worauf wir uns verlassen wollen: Für eine neue Idee des Konservativen*. Frankfurt am Main: Fischer
- Kriele, Martin 1979: *Recht und praktische Vernunft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kristeligt Dagblatt 2013: *Thorning til Davos: Danmark er gået reformamok*, 24. Januar 2013, [<https://www.kristeligt-dagblad.dk/udland/thorning-til-davos-danmark-er-g%C3%A5et-reformamok>] <07.07.2022>.
- Lovejoy, Arthur O. 1936: *The Great Chain of Being: A Study of the History of an Idea*. Cambridge (MA): Harvard University Press.
- Louis XIV. 1970: *Mémoires for the Instruction of the Dauphin*. Herausgegeben und übersetzt von Paul Sonnino. New York: Free Press.
- Mouffe, Chantal 2005: *On the Political*. London: Verso.
- O'Hara, Kieron 2016: Conservatism, Epistemology and Value. In: *The Monist* 99, S. 423–440.
- O'Sullivan, Noel 1976: *Conservatism*. London: J.M. Dent.
- Palmer, Richard. 1969. *Hermeneutics*. Evanston: Northwestern University Press.
- Parfit, Derek 1976: Personal Identity. In: Glover, Jonathan (Hg.) *Philosophy of Mind*. New York: Oxford University Press, S. .
- Pocock, J.G.A. 1987: Introduction. In: Burke, E., *Reflections on the revolution in France*. Indianapolis (IN): Hackett.
- Rawls, John 1997: The idea of public reason revisited. In: *The University of Chicago Law Review* 64(3), S. 765–807.
- Schmieder, Falko/Toepfer, Georg (Hg.) 2018: *Wörter aus der Fremde. Begriffsgeschichte als Übersetzungsgeschichte*. Berlin: Kadmos.
- Sellin, Volker 1984: Regierung, Regime, Obrigkeit. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/ Koselleck, Reinhart *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 5, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 361–421.
- Siller, Peter 2019: *Politische Orientierung in der Zeit. Zum Verständnis einer politischen Erzählung*. böll.brief: Demokratie&Gesellschaft. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- SPD 1959: *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg*, 13.–15. November 1959. Bonn: Deutz.
- SPD 2021: Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD [<https://www.spd.de/programm/zukunftsprogramm/>] <07.07.2022>.
- Tännsjö, Torbjörn 1990: *Conservatism for our time*. London, New York: Routledge.
- Vierhaus, Rudolf 1982: „Konservativ, Konservismus“. In: Brunner, Otto/Conze, Werner Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 531–565.